

Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Organ der social-demokratischen Partei.

Redigirt von J. B. v. Hoffetten und J. B. v. Schweitzer.

Redaction und Expedition: Berlin, Dresdenstraße Nr. 85.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 18 Sgr., monatlich 6 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 2 1/2 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 1 3/4 Sgr., im übrigen Deutschland 1 Thlr. (fl. 1. 45. südd., fl. 1. 50. österr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expediteur, von der Expres-Compagnie, Zimmerstraße 48a, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition aufzugeben) werden pro dreizehnpaltene Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bender, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.
Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Die social-demokratische Partei und die „deutsche Volkspartei.“

I.

Die Selbstständigkeit der deutschen social-demokratischen oder Arbeiter-Partei ist ein zum endlichen Sieg der Arbeitersache so unumgängliches Erforderniß, daß man dasselbe nicht oft genug betonen, nicht oft genug den Arbeitern die Warnung in's Gedächtniß rufen kann, sich durch keinerlei Lockung und Fallstrick — sei es von dieser oder jener Partei — von dem ihnen klar und deutlich vorgezeichneten Pfade ab auf falsche Bahnen treiben zu lassen.

Angeichts der in jüngster Zeit hier und dort wieder mehrfach zu Tage getretenen Bestrebungen, die Arbeiter „hinter sich“ zu bekommen, mag solche Warnung wohl am Platze sein.

Damit wir aber nicht in den Verdacht der Gespensterseherei kommen, müssen wir vor allem Anderen die Erscheinungen bezeichnen, deren wir soeben Erwähnung gethan.

Man wird sich erinnern, daß im Herbst des verflossenen Jahres ein Theil der bürgerlichen Demokratie in Süd- und Mittel-Deutschland sich unter dem Namen einer „deutschen Volkspartei“ reconstituirte hat, um dem unter allen möglichen und unmöglichen Masken versteckten Gothaerthum wieder als selbstständige demokratische Partei gegenüberzutreten.

Ebenso wird man sich erinnern, daß einzelne Mitglieder dieser Partei den Versuch gemacht haben, den sehr unbestimmten Satz: „Verbesserung der Lage der arbeitenden und armen Klasse durch sociale Reformen“ in das Parteiprogramm aufzunehmen, sowie daß diese Versuche nur sehr unvollkommen gelangen, wovon später noch die Rede sein soll.

Auch kann als bekannt angenommen werden, daß ein Theil der Männer dieser Partei bis auf den heutigen Tag seine Bemühungen fortgesetzt hat, die Arbeiter an sich heran zu ziehen, eine Vereinigung derselben mit der „deutschen Volkspartei“ zu Stande zu bringen.

Daß das — wie wir nicht anders annehmen wollen — durchaus ehrlich gemeinte Bestreben dieser Männer schon vom Entstehen der Partei, dahin ging, ein Aufgeben der social-demokratischen in dieser neuen „Volkspartei“ herbeizuführen, ersehen wir aus ihrem erklärten Partei-Organ, dem Mannheimer „Deutschen Wochenblatt“, welches zu Ende Septembers des verflossenen Jahres in einem Bericht über die erste Darmstädter Demokraten-Versammlung schrieb:

Mit einer Stimme Mehrheit wurde ein Programm beschlossen, und damit zwar eine sehr belebende Debatte, welche in gegenseitiger Verständigung wesentlich beitragen wird, hervorgerufen, aber auch Betonung der Punkte, in denen die Meinungen abweichend. Der

eine betraf den von Blichner und Ehardt beantragten Satz: „Verbesserung der Lage der arbeitenden und armen Klasse durch sociale Reformen.“ Wir wollten durch die Aufnahme dieses Zieles der Partei eine Verschmelzung mit der socialen Demokratie des deutschen Nordens anbahnen und derselben die Gewähr bieten, daß sie nicht zu einseitig politischen Bestrebungen aufgerufen werde.

Das ist doch klar und deutlich gesprochen, wenn auch nicht ganz richtig, da kein Grund vorliegt, von einer „socialen Demokratie des deutschen Nordens“ und von einer „Gewähr“ gegen den „Aufstieg zu einseitigen politischen Bestrebungen“ zu reden, wir vielmehr jede erforderliche Gewähr in uns selbst tragen.

Ganz besonders aber ist in neuester Zeit und hauptsächlich in Sachen die Agitation zu dem genannten Zwecke thätig gewesen, wo man — und dies mit vollem Rechte — in bestimmten politischen Fragen Hand in Hand ging und in Volks- und Vereinsversammlungen sich darüber aussprach.

Auch in der Tagespresse war, selbstverständlich mit den herkömmlichen Entstellungen und Verdrehungen, vielfach davon die Rede, sowie wir nun auch in einer Flugschrift derselben Idee zu begegnen glauben, in der vorgestern von uns empfohlenen und mit Recht zu empfehlenden Broschüre von Otto Walster nämlich: „Ein Osterspruch an die deutschen Arbeiter.“

Wir finden da folgende Stelle:

Die Gründung von Genossenschaften mit Hilfe des Staatscredits ist Eure Lebensfrage, das allgemeine gleiche und directe Wahlrecht der nächste dazu führende politische Weg, und seht, schon ist von anderem Standpunkte ausgehend die deutsche Volkspartei, die einzige mit der Ihr gehen könnt und sollt, zu demselben Resultate gekommen und hat das allgemeine Wahlrecht auf ihr Banner geschrieben.

Wenn wir nun heute Veranlassung zu haben glauben, uns über die Frage auszusprechen, ob ein Hand-in-Hand-Gehen mit der deutschen Volkspartei in der Art rathsam wäre, daß es den Anschein gewinnen könnte, als sei eine Verschmelzung der beiden Parteien wünschenswerth, beabsichtigt oder überhaupt möglich, so geschieht dies nicht, weil wir etwa Ursache hätten, zu vermuthen, unsere Parteigenossen seien über ihre jener Tendenz gegenüber einzunehmende Stelle im Unklaren, es geschieht vielmehr nur um bei Zeiten Mißverständnissen vorzubeugen, welche der Schein der Situation bei anderen Parteien hervorrufen möchte, und um auf die Tragweite aufmerksam zu machen, welche derartige Mißverständnisse zur Folge haben könnten.

Betrachten wir zu diesem Zwecke zunächst die der Arbeiterpartei naturgemäß vorgeschriebene Partei-Stellung.

Passalle, dem wir außer seinen wissenschaftlichen Leistungen auch die Wiederbelebung und Neugründung der deutschen Arbeiterpartei verdanken, spricht sich darüber an verschiedenen Stellen seiner Agitationschriften unmißverständlich klar aus. So in seinem „Antwortschreiben“, wo er sagt:

Der Arbeiterstand muß sich als selbstständige politische Partei constituiren und das allgemeine gleiche und directe Wahlrecht zu dem principielle Lösungswort und Banner dieser Partei machen. Die Vertretung des Arbeiterstandes in den gesetzgebenden Körpern Deutschlands — dies ist es allein, was in politischer Hinsicht seine legitimen Interessen befriedigen kann. Eine friedliche und gesetzliche Agitation hierfür mit allen gesetzlichen Mitteln zu eröffnen, das ist und muß in politischer Hinsicht das Programm der Arbeiterpartei sein.

Es erhebt von selbst, wie diese Arbeiterpartei sich zu der deutschen Fortschrittspartei zu verhalten hat.

Sich überall als eine selbstständige und durch aus von ihr getrennte Partei zu fühlen und zu constituiren, gleichwohl die Fortschrittspartei in solchen Punkten und Fragen zu unterstützen, in welchen das Interesse ein gemeinschaftliches ist, ihr entschieden den Rücken zu kehren und gegen sie aufzutreten, so oft sie sich von demselben entfernt, die Fortschrittspartei eben dadurch zu zwingen, entweder sich vorwärts zu entwickeln und das Fortschrittsniveau zu übersteigen oder aber immer tiefer in den Sumpf von Bedeutungs- und Machtlosigkeit zu versinken, in welchem sie bereits in tiefster angefangen ist, — das muß die einfache Taktik der deutschen Arbeiterpartei gegenüber der Fortschrittspartei sein.

Daß Passalle, wenn er hier von einer „Fortschrittspartei“ schlechthin spricht (und er bezeichnet im Eingange des Satzes ausdrücklich die „deutsche Fortschrittspartei“) darunter jedwede liberale, mehr oder minder demokratische bürgerliche Partei versteht, bedarf keiner weiteren Beweisführung.

Wir citiren jedoch zu allem Ueberflusse noch seine eigenen Worte, enthalten in einer seiner Reden, wo er die Gründe für sein social-politisches Auftreten aufzählt und die Haltlosigkeit des ihm gemachten Vorwurfs widerlegt, durch dasselbe indirect die Reaction zu unterstützen. Er sagt nämlich:

Weil es also vor Allem noth thut, erst eine demokratische Partei zu bilden, diese aber heut — und das ist die Bedeutung der geschichtlichen Fortentwicklung seit 1844 — bloß auf Grund der socialen Idee gebildet werden kann. Die Arbeiterklasse — das ist die Bedeutung der heutigen Lage — die Arbeiterklasse soll die hohe geschichtliche Ehre haben, daß sich unter ihrer Fahne die neue Demokratie bildet. Eine andere Demokratie ist geschichtlich nicht mehr möglich.

Das heißt doch: eine social-demokratische Partei mit einem scharf formulirten politischen und socialen Programm, nicht aber eine Partei, welche die verschiedensten Elemente der Bourgeoisie umfaßt, über ihr sociales Programm einen geheimnißvollen Schleier breitet, und, um nur nicht die liebe Partei auseinander zu sprengen, gezwungen ist, diesen Theil des Parteiprogramms wie eine Privatliebhaberei einzelner Mitglieder zu behandeln und vor den anderen damit möglichst hinter den Berg zu halten.

So — Passalle.
Aber sehen wir uns noch nach anderen Social-Demokraten um, deren Namen guten Klang haben bei denen, die mit der Geschichte der social-demokratischen Bewegung vertraut sind.

Karl Marx in seinem „Manifest der kommunistischen Partei“ führt aus, daß die Arbeiterpartei mit der Bourgeoisie zwar gemeinsam gegen alle feudalen und reactionären Elemente zu kämpfen habe, aber — so fährt er fort:

„Sie unterläßt keinen Augenblick, bei den Arbeitern ein möglichst klares Bewußtsein über den feindlichen Gegensatz von Bourgeoisie und Proletariat heraus zu arbeiten, damit die deutschen Arbeiter zugleich die gesellschaftlichen und politischen Bedingungen, welche die Bourgeoisie mit ihrer Herrschaft herbeiführen muß, als eben so viele Waffen gegen die Bourgeoisie lehren könne, damit, nach dem Sturz der reactionären Klassen in Deutschland, sofort der Kampf gegen die Bourgeoisie selbst beginnt.“

Daß dieses aber nur einer völlig selbstständig organisierten Arbeiterpartei möglich ist, wird auch dem Einfältigsten nicht zweifelhaft sein.

Sehr unzweifelhaft spricht sich über die Nothwendigkeit einer völlig selbstständigen Stellung und Organisation der Arbeiterpartei Friedrich Engels in seiner Broschüre über „Die preussische Militairfrage und die deutsche Arbeiterpartei“ aus, wo er nach gegebener Klarstellung der Aufgabe der Arbeiterpartei, die Bourgeoisie in ihrem wirklichen Kampfe gegen reactionäre Elemente zu unterstützen, fortfährt:

„Es versteht sich von selbst, daß in allen diesen Fällen die Arbeiterpartei nicht als der bloße Schwanz der Bourgeoisie, sondern als eine durchaus von ihr unterscheidene, selbstständige Partei auftreten wird. Sie wird der Bourgeoisie bei jeder Gelegenheit in's Gebächtniß rufen, daß die Klasseninteressen der Arbeiter denen der Kapitalisten direct entgegengesetzt, und daß die Arbeiter sich dessen bewußt sind. Sie wird ihre eigene Organisation gegenüber der Parteiorganisation der Bourgeoisie festhalten und fortbilden, und mit der letzteren nur unterhandeln wie eine Macht mit der anderen. Nur auf diese Weise wird sie sich eine achtunggebende Stellung sichern, die einzelnen Arbeiter über ihre Klasseninteressen aufklären, und bei dem nächsten revolutionären Sturm — und diese Stürme sind ja jetzt von so regelmäßiger Wiederkehr, wie die Pandelstrifen und Regimentsstrüme — zum Handeln bereit sein.“

Endlich gestatte man uns noch, hier zu wiederholen, wie wir uns über diesen Punkt in unserer Nummer 19 des I. Jahrganges geäußert haben.

Wir schreiben damals:

Aus solchem Hergang und solcher Sachlage erklärt sich die jetzige Parteistellung:

Brieferschaft und Adel haben eine selbstständige Macht nicht mehr; was sie sind, sind sie nur noch durch ihre Anlehnung an die Throne, welche sie stützen, um von ihnen hinwiederum gestützt zu werden. In Gemeinsamkeit mit den Dynastien bilden sie jetzt den Kern der monarchisch-absolutistischen Partei.

Gegen diese befindet sich die liberale Bourgeoisiepartei, die zu den socialen Vortheilen und Annehmlichkeiten des Kapitals auch noch den Genuß der Staatsgewalt erobern möchte, in einem Kampf, den sie am liebsten dahin ausmünden ließe, ihre Klassenherrschaft als Parlamentarismus unter dem althergebrachten Nimbus des Königthums zu etablieren.

Gegen beide Parteien aber steht im Felde die socialdemokratische Partei, welche im Großen und Ganzen die Bestrebungen der einen wie der anderen verurtheilt, indem sie Alles für das Volk und durch das Volk will.

Dies die großen Grundzüge der Sache. Allein ein Anderes bleibt uns noch zu erwähnen übrig.

Wenn nämlich auch die Volkspartei den beiden anderen großen Parteien im Ganzen feindlich gegenübersteht, so ist doch dadurch nicht ausgeschlossen, daß sie in Zeiten friedlicher Entwicklung zum Zwecke der Förderung des Volkswohls mit der einen sowohl wie mit der anderen jener beiden Parteien in einzelnen Fragen zusammengehe.

Wir sagen: mit der einen sowohl wie mit der anderen; denn wenn auch die liberale Bourgeoisiepartei im Gegensatz zu der monarchisch-absolutistischen Partei als ein Fortschritt in der historischen Entwicklung erscheint, so steht sie doch in der Gegenwart, wie die Dinge jetzt, nach Verlauf jener Entwicklung, siegen, der Volkspartei nicht freundlicher, vielleicht feindlicher gegenüber, als jene.

Mit welcher Partei nun zu einzelnen Zwecken, in bestimmten concreten Fragen, die Volkspartei zusammenwirken soll, dies ist eine Frage, die sich nicht im Allgemeinen entscheiden läßt, sondern je nach den gerade obwaltenden Verhältnissen ihre jedesmalige Verantwortung finden muß. Die selbstständige prinzipielle Stellung der Volkspartei aber darf durch ein derartiges Coöperiren zu einzelnen

Zwecken niemals auch nur im Geringsten berührt werden.

Zugleich ergibt sich, wenn man festhält, daß die socialdemokratische Partei eine durchaus selbstständige ist, die Folgerung, daß es eine Unzulässigkeit ist, wenn Leute von der liberalen Bourgeoisiepartei sich über „Zusammenhang mit der Reaction“ beschweren.

Wir sprechen nicht davon, daß dieses ganze nichtsnutzige Gerede, dieses abgedroschene Weichsel über „Bündniß mit der Reaction“ überhaupt nicht ernst gemeint ist, indem diese zahmen Professoren und aufgedunsenen Geldsäcke zusamment ihren Vohnschreibern sehr gut wissen, was wir sind und was sie sind; wir reden nicht hiervon, sondern wir weisen, einerlei ob die Behauptung richtig ist oder nicht, prinzipiell die Veredlung der liberalen Partei zurück, uns irgend welche Vorschriften über unsere Parteilast zu machen.

Ein solches Unterfangen von liberaler Seite ist entweder Unverstand oder Unverschämtheit.

Unverstand bei denen, welche von der falschen Annahme ausgehen, die Socialdemokratie sei nicht eine selbstständige Partei, sondern nur ein Anhängsel der „großen liberalen Partei.“

Unverschämtheit von Seiten derer, die den wahren Sachverhalt erkannt haben, trotzdem aber sich unterstellen, in die Taktik einer Partei, zu der sie nicht gehören, sich einmischen zu wollen.

Die deutsche Socialdemokratie — mögen die Herren von der liberalen Partei sich dies hinter die Ohren schreiben — ist ihre eigene Partei, und ihre Grundsätze werden Fleisch und Blut im Leben der Nation sein, wenn der ehrene Gang der Weltgeschichte längst in den Stand getreten, was jetzt sich anbahnt.

Es ist dies die von Lassalle der deutschen Arbeiterpartei vorgezeichnete Taktik, und es ist kein Grund vorhanden, von dieser Selbstständigkeit nur um eines Haares Breite abzulassen.

Und nunmehr kommen wir erst zur eigentlichen Unternehmung: wie wir uns demgemäß der „deutschen Volkspartei“ gegenüber zu verhalten haben.

Politischer Theil.

Deutschland.

* Berlin, 24. März. [In der Habsburg-Hohenzollern'schen Kriegslärm-Kanonade] ist es zwar etwas stiller geworden; doch fallen noch immer einzelne blinde Schüsse, die in den officiösen Blättern Kriegssandwölken aufwirbeln, welche ängstliche Börsegenüther beunruhigen und fast alle furchtsamen Actienseelen der Bourgeoisie mehr oder minder in Schreden setzen.

Besonders die preussischen Officiösen lassen es sich nicht nehmen, von den Gefahren zu sprechen, welche Preußen durch die ungeheueren Truppenconcentrungen in Böhmen bedrohen sollen.

An der Spitze dieser Kriegs-Kablen steht wieder die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, welche wissen will, daß unter den Truppen der Garnisonen Ungarns und Galiziens eine wahre Völkerverwanderung nach Westen, in der Richtung nach der schlesischen Grenze zu, im Gange sei.

Die österreichischen Officiösen dagegen — diesmal glaubwürdiger als die preussischen — versichern, daß das nichts weiter zu bedeuten habe, als Anstalten, welche die kaiserlichen — nach der „Elberf. Ztg.“ von der Lassalle'schen Partei ausgehenden — Excesse gegen die reichen Israeliten nothwendig gemacht haben.

Doch fehlt es auch in der preussischen Presse nicht an Stimmen und Gemüthern, die den Himmel voll von Geigen behangen darstellen. So läßt sogar die hiesige „Börsezeitung“ schon eigenhändig den Kaiser Franz Joseph an den König Wilhelm schreiben.

Kurz, Die Waffen ruhen, des Krieges Stimmen schweigen und heimwärts tönt der sanfte Friedensmarsch bis zur nächsten Oesterreicher Convention und Habsburg-Hohenzollern'schen Kriegslärm-Kanonade und der deutsche Hund schläft den Bundeschlaf bis zur nächsten großen vormächtlichen oder trübseligen Bundesreform.

[Zur Elberzthümerfrage] versichert der feudale „Zeidler“ mit Bestimmtheit, daß die auswärtigen Mächte sich noch im gegenwärtigen Augenblicke auf dem Standpunkte wie am Schlusse der Londoner Conferenzen befinden. Die genannte Correspondenz schreibt:

Damals übten sie eine gewisse Resignation, indem sie die Entwicklung des Schicksals der Herzogthümer der

Action Preußens und Oesterreichs anbeimgaben. Seitdem ist ihre Entfremdung wider die schleswig-holsteinische Frage eher gestiegen, als daß sie sich vermindert hätte. Wir dürfen sogar berichten, daß es den auswärtigen Regierungen erwünscht sein würde, wenn der Ausschlag in der schleswig-holsteinischen Sache endlich in die Hände einer einzelnen deutschen Macht geriethe, weil die Angelegenheit selber für jene Regierungen dann klarer würde.

Es ist nicht mehr wie billig, daß die Zeidler'schen Brillen schwarz-weiß gefärbt sind.

[Auch aus den Elberzthümern] schallen Friedenstöne. Man telegraphirt nämlich aus Altona, 23. März:

Der gestrigen Festparade der Oesterreichischen Truppen vor dem Brigadegeneral v. Kalik wohnte auch der Preussische Etappenkommandant, Major v. Domming bei. Nach dem Schluß der Parade richtete, wie der „Altoner Merkur“ meldet, General v. Kalik an den Preussischen Etappenkommandanten seine Glückwünsche für den König von Preußen und dessen Haus, und sprach zugleich die Hoffnung aus, daß das frühere gute Einverständnis zwischen Preußen und Oesterreich wieder hergestellt und ferner nicht getrübt werden möge, zum Wohle beider Nationen und Deutschlands.

Aus Flensburg, 22. März, wird telegraphirt: Bei dem heutigen Festbeim im Harmoniesaal brachte Generalmajor v. Bentheim den Toast auf den König von Preußen aus, und unmittelbar darauf Generalmajor v. Fless auf den Kaiser von Oesterreich.

Nun ist Alles in Ordnung.

[Der unheilichwängere Antrag der Mittelstaaten] auf — Bundesintervention ist, wie aus Wien telegraphirt wird, — aufgeschoben! weil die thatsächlichen Voraussetzungen des Art. 11 der Bundesacte noch nicht eingetreten sind. Aufgeschoben ist — nicht aufgehoben. Aber ungeschicklich ist hier Aufschub wie Aufhebung.

[Ueber das mysteriöse angebliche Manifest der Altonaer Radikalen] schreibt die hiesige „Tribüne“:

Das Manifest an den König, welches die „Nordd. Allg. Ztg.“ veröffentlicht und dem augustinburgisch-österreichischen Lager zuschreibt, während andere Blätter den eisernen Rudolf für den Autor halten, sieht ganz darnach aus, als sei es von dem ehemaligen Alexander Dumas des Beobachters an der Spree und der Pinnigblätter selbst verfaßt. Uebrigens ist auch Sir John Recliffe ein seiner Kopf und in solchen Kunstwerken seit lange wohl bewährt. Die „Kreuzzeitung“ selbst nennt das Machwerk einen „großen Schwindel“. Darin werden Alle mit ihr übereinstimmen, nur über den Ursprung werden andere Leute nicht der Meinung sein, die sie für die ibrige ausgiebt.

Als einen „großen Schwindel“ haben wir selbstverständlich das Manifest auch betrachtet und nichts desto weniger dasselbe „ein Zeichen der Zeit“ genannt. Was ihm diese Bedeutung beilegt, ist, wie wir schon gesagt, allein nur der Umstand, daß es in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ reproducirt wurde. Auch wird sicherlich kein tiefer blickender Politiker das an tragikomischen Widersprüchen und sonderbaren Contrasten überreiche, burleske Machwerk an solcher Stelle gelesen haben, ohne daß sich ihm nicht die Idee aufgedrängt hätte, es handle sich hier — bildlich gesprochen — um die Parodie eines tieferrsten, einem zweischneidigen Schwerte gleichenden Gedankens, dessen Grundzug, sympathische Saiten berührend, zur Mittheilung reite, dessen Wiedergabe in der originalen Fassung jedoch unthunlich schien, aus welchem Dilemma sodann die parodirende Form befreien und ermöglicht werden sollte, sich der Waffe bedienen zu können, ohne ihre Zweischneidigkeit befürchten zu müssen. Aber das zweischneidige Gedanken-Schwert ward zum hölzernen Theater-Säbel, zerbrechend in der Hand des pappdeckelnen Helden, unter dem Gelächter des Publikums. Und trotz alledem — ein Zeichen der Zeit.

[Aufforderungen zu Geldbeiträgen zu politischen Zwecken betreffend], bringt die „Berl. Reform“ Mittheilungen über die für Preußen geltende administrative und richterliche Behandlung derartiger Fälle, indem sie schreibt:

„In der letzten Zeit ist häufiger wieder der Anlaß gegeben gewesen, Geldbeiträge zu politischen Zwecken in Anspruch zu nehmen oder beizusteuern. Es ist dabei bisweilen der Zweifel aufgetaucht, ob der Aufruf zu solchen Sammlungen oder das Anerbieten, Beiträge in Empfang zu nehmen, nicht eine Polizeicontravention bilde. Allerdings ist vor einigen Jahren mehrfach von Behörden der Versuch gemacht worden, Bestrafungen